



## Zwischenbericht

30.10.1996

### **Halbzeit im Programm "Soziale Bürgerinitiative in den neuen Bundesländern"**

#### **Erste Zwischenbilanz bringt neue Impulse für bürgerschaftliche Initiativen**

#### **Neugewonnene Freiheit im ehrenamtlichen Engagement erleben**

Nach zweieinhalb Jahren Laufzeit zieht die Robert Bosch Stiftung eine erste Zwischenbilanz im Förderungsprogramm "Soziale Bürgerinitiativen in den neuen Bundesländern". Im Herbst 1993 hat die Stiftung das Programm eingerichtet, das ehrenamtliche Projekte und Vereine unterstützt, die nach praktischen Lösungen für soziale Probleme vor Ort suchen. Rund 500 Vorhaben aus verschiedenen sozialen Bereichen - von Elterninitiativen über Jugendclubs bis zu Seniorentreffs und Nachbarschaftsvereinen - wurden bisher gefördert.

Ziel der Auswertung ist einerseits, die Arbeitsweise des Programms zu erfassen, Hinweise auf eine mögliche Verbesserung zu geben und eine präzise Programmsteuerung zu ermöglichen. Andererseits soll geprüft werden, ob ein höherer Grad an Engagement für andere in einer Gesellschaft erreicht wird, die im Umbruch begriffen ist. Die Ergebnisse dieser Zwischenbilanz werden in einer Studie festgehalten und fließen in die weitere Förderung ein. Erstellt hat die Bilanz ein von der Robert Bosch Stiftung beauftragtes Evaluationsteam unter der Leitung von Professor David Kramer, Prorektor der Berliner Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialwesen. Dem Team stand ein Expertenkreis beratend zur Seite, der sich aus Wissenschaftlern, Vertretern der Arbeitsstelle und Fachleuten mit Erfahrung in ehrenamtlicher Projektarbeit zusammensetzt.

Zunächst wurde die Arbeitsweise in den Arbeitsstellen untersucht, die die Stiftung zur Umsetzung des Programms in Berlin, Chemnitz und Neubrandenburg eingerichtet hat. Anschließend widmete sich das Team dem Verlauf der Projekte. Im Mittelpunkt standen Gruppeninterviews mit ehrenamtlichen Mitarbeitern der unterstützten Initiativen. Vorhaben in der Kinder- und Jugendarbeit bildeten einen Schwerpunkt, da sie ein Drittel der Förderung ausmachen. Insgesamt wurde die Entwicklung von rund 320 Projekten nachgezeichnet, die bis Oktober 1995 abgeschlossen waren. Wie erleben die Menschen in den neuen Bundesländern das Programm? Welche Vorstellung haben sie von ehrenamtlichem

Engagement? Unter welchen Bedingungen werden sie aktiv? So lauten nur einige der Fragen, auf die es eine Antwort zu finden galt.

Im Einsatz für ihr Projekt sehen die Menschen vor allem einen Gewinn an Freiheit: Sie schätzen die Möglichkeit, die Gesellschaft ohne staatliche Vorgaben mitzugestalten. Ihr ehrenamtliches Engagement verstehen sie als Umsetzung der Freiheiten, die sie mit der Wende gewonnen haben. Jedoch: Auch Jahre nach der Wiedervereinigung herrscht ein unterschiedliches Verständnis von ehrenamtlichen Engagement und sozialer Arbeit. Einigkeit bestand in der Auffassung, daß in der ehemaligen DDR ein Tätigwerden außerhalb der Kirche nur im Rahmen staatlicher Vorgaben möglich war. Eine Reihe von Mechanismen habe es leichter gemacht, aktiv zu sein, so die Gesprächspartner. Es sei unkomplizierter gewesen, finanzielle Unterstützung für die Projektarbeit zu bekommen, es habe weniger bürokratische Hürden gegeben. Manche hielten die gesellschaftliche Anerkennung zu DDR-Zeiten für größer. Dennoch sind die veränderten Bedingungen kein Anlaß, ehrenamtliches Engagement aufzugeben. Die meisten der freiwillig Tätigen waren bereits vor der Wende aktiv und sind es weiterhin. Bei anderen haben sich die "Wende-Erfahrungen" im politischen Bereich in ein Engagement verwandelt, oder die veränderte persönliche Situation hat sie dazu motiviert. Dabei spielt Arbeitslosigkeit häufig eine große Rolle, aber auch das Empfinden, daß die neuen gesellschaftlichen Bedingungen stärker die Konkurrenz betonen, oder der Eindruck, daß die Gemeinschaft abnimmt. "Direkte Ansprache, persönliche Kontakte und ergänzend dazu auf Veranstaltungen Handzettel verteilen" - so lautet die beliebteste Methode, um neue Mitglieder für ein Projekt zu gewinnen. Fast drei Viertel der Projekte setzten auf diese Strategie.

Aber auch quantitative Fragen wurde in der Auswertung nachgegangen - sie sollen der Robert Bosch Stiftung Anregungen für die künftige Förderung geben: Wo liegen regionale Schwerpunkte der Förderung? Welche sozialen Bereiche sind am stärksten vertreten? Was sind mögliche Ursachen? Dabei hat sich herausgestellt, daß das Programm zwar in jedem Bundesland wirkt, allerdings auf sehr unterschiedliche Weise: Die geförderten Projekte sind, was ihre Anzahl und ihre Thematik anbelangt, relativ ungleichmäßig auf die neuen Bundesländer verteilt. Die meisten Bewilligungen wurden in der Kinder- und Jugendarbeit (29 Prozent) ausgesprochen. Im regionalen Vergleich stellt sich Thüringen als Spitzenreiter heraus (43 Prozent), Sachsen-Anhalt als Schlußlicht (20 Prozent). Anders sieht es in der Kategorie "Familie/Frauen" aus. Dort ist Sachsen-Anhalt mit 29 Prozent vertreten, während der Durchschnitt bei 20 Prozent liegt. Hier nimmt Berlin den letzten Platz ein (zwölf Prozent). Bei den Vorrühständern und Senioren belegt Berlin dagegen den ersten Platz (23 Prozent), während sich

Thüringen (neun Prozent)- weit unter dem Programmdurchschnitt (15 Prozent) - auf dem letzten befindet. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich in der Kategorie "Behinderung". Auch hier ist Thüringen das Schlußlicht (sechs Prozent gegenüber einem Programmdurchschnitt von 14 Prozent); Sachsen-Anhalt weist die meisten geförderten Projekte auf (20 Prozent).

Werden absolute Zahlen zugrunde gelegt, ändert sich das Bild: Mit 107 Projekten wurden in Mecklenburg-Vorpommern rund dreimal so viele Vorhaben gefördert wie in Sachsen-Anhalt (35). Betreut werden die meisten Projekte von der Arbeitsstelle Berlin. Die Chemnitzer Arbeitsstelle kümmert sich um den größten Teil der Kinder und Jugendprojekte (37 Prozent), bei den Senioren liegt die Arbeitsstelle Berlin an der Spitze (18 Prozent). In der Arbeitsstelle Neubrandenburg ist eine gleichmäßigere Verteilung nach inhaltlichen Schwerpunkten erkennbar (Kinder/Jugend 24 Prozent, Frauen/Familie 23 Prozent; Behinderung 15 Prozent, Senioren/Vorruhestand 13 Prozent). Die meisten Vorhaben wurden in Orten mit über 50.000 Einwohnern unterstützt. Allein in Frankfurt/Oder erhielten 15 Projekte eine Förderung. Abgesehen von Berlin gab es in Städten mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern mehr geförderte Projekte als in kleineren Städten, Dörfern, oder ländlichen Gebieten: In Sachsen und Sachsen-Anhalt konzentrieren sich 86 bzw. 81 Prozent der Projekte auf Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern. Dagegen liegt die Förderung von dörflichen oder ländlichen Projekten in Thüringen (20 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (21 Prozent) weit über dem Durchschnitt (12 Prozent). Darüber hinaus läßt sich, wie das Evaluationsteam am Beispiel des Bundeslandes Sachsen aufgezeigt hat, in größeren Städten ein Zusammenhang zwischen dem Wachsen bürgerschaftlicher Initiative und sozialer Bedürftigkeit feststellen, der in mittleren Städten nicht erkennbar ist. Nach Auffassung der Wissenschaftler ließe sich diese Tendenz auch in den anderen Bundesländern ablesen.

Engagieren sich die Menschen für ein Projekt, haben sie Freude an ihrer Tätigkeit - ob sie nun aus "Berufung" im christlichen Sinne aktiv werden oder weil man ihnen ehrenamtliches Engagement "in die Wiege gelegt" hat, ob ihnen an ihrer persönlichen Entwicklung gelegen ist oder weil sie im Handeln für das Gemeinwesen eine persönliche Verantwortung sehen. "Wir können doch nicht immer nach dem Staat schreien", formulierte dies eine Interviewpartnerin. Viele der Befragten haben Vorbilder in der Familie, die ehrenamtliches Engagement als "Verhaltensmuster" weitergeben. Was die Geschlechterverteilung im sozialen Ehrenamt angeht, so bestätigt sich auch hier: Soziales Engagement ist überwiegend Frauensache; zwei Drittel der ehrenamtlich Engagierten sind weiblich. Mit dem Alter nehmen auch die Einsatzzeiten zu. Ein Engagement, das bis zu zehn Stunden in der Woche umfaßt, ist keine Seltenheit. Bei den Männern grenzt das Engagement nach dem Berufsleben fast an eine

"Vollzeitbeschäftigung". Die Menschen zwischen 50 und 59 Jahren sind jedoch weniger aktiv: Sie scheinen sich von der Gesellschaft zu distanzieren, um kritisch zu hinterfragen, warum sie für diese ohne Bezahlung arbeiten sollen, wenn sie sie nicht mitmachen lassen. Im Unterschied zu früheren Erhebungen aus den alten Bundesländern zeigt die Untersuchung, daß die 30- bis 39jährigen stark zu ehrenamtlichem Engagement neigen. Dabei sind vor allem Männer aktiver, was offensichtlich damit zusammenhängt, daß sie zum Teil arbeitslos sind und ihr Engagement als Ersatz für eine hauptamtliche Tätigkeit ansehen oder als Chance begreifen, auf diesem Weg wieder Arbeit zu finden.

Fast alle Projekte definieren soziale und Freizeitaktivitäten als ihre Aufgabe. Mehr als zwei Drittel sehen im Informieren und Beraten ihren Schwerpunkt. Dabei geht es neben den "Klienten" um die eigenen ehrenamtlichen Mitarbeiter. Etwa die Hälfte engagiert sich in der Vertretung ihrer Zielgruppe und in der Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier geht es stark um den Erhalt der Organisation. Denn die meisten Projekte sind überwiegend damit beschäftigt, Gelder zu beschaffen. "Social Sponsoring" funktioniert allerdings kaum, da im allgemeinen finanzkräftige Partner fehlen. So konzentriert sich die Suche nach möglichen Geldgebern auf Land oder Kommune, um Fördermittel zu erhalten.

In der Projektarbeit werden Haupt- und Ehrenamtliche in wichtigen Bereichen gleich behandelt. Nach Beobachtungen des Evaluationsteams scheint sich außerdem in Ansätzen die Einstellung durchzusetzen, daß Ehrenamtliche genauso gepflegt und behandelt werden müssen wie Hauptamtliche. Als prägend für die Projekte des Förderungsprogrammes wird das sogenannte "Phasing"- Phänomen eingeschätzt: Die Projekte bemühen sich, einen Stamm ehrenamtlicher Mitarbeiter aufzubauen, die auch die Voraussetzungen für ABM-Stellen mitbringen. Läuft eine ABM-Stelle aus, wechselt der ABM-Mitarbeiter in die ehrenamtliche Arbeit; für den ABM-Antrag stehen andere ehrenamtliche Mitarbeiter des Projekts zur Verfügung. Durch diese Phasenverschiebung - der Mitarbeiter wechselt aus der Phase der Hauptamtlichkeit in die der Ehrenamtlichkeit - und bei gleichzeitigem Verbleib aller Mitarbeiter gelingt es dem Projekt, seine Kompetenz zu bewahren und die Stabilität der Arbeit sichern.

Ein private Förderung durch eine Stiftung begrüßte die Mehrheit der Gesprächspartner: Stiftungen seien flexibler und förderten gezielter. Vor dem Hintergrund knapper Staatsfinanzen könnten sie helfen und unabhängiger vom Staat machen. Positiv bewertet wurde auch die Beratung vor Ort, vor allem in ländlichen Gegenden, wo die Wege zur nächstgelegenen Arbeitsstelle des Programms sehr lang sind. Dabei steht, so wird betont, nicht unbedingt der erfolgreiche Antrag im Mittelpunkt,

sondern vielmehr der intensive persönliche Kontakt und die Wertschätzung, die das Projekt so erfährt. Für die Zukunft wünschen sich die Projekte, die Kontakte untereinander zu verstärken. Sie wollen aber auch Beziehungen zu anderen Projekten aufbauen, z.B. in Form von Partnerschaften zu Initiativen in den alten Bundesländern oder im Sinne einer Völkerverständigung zu Projekten in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien.